



IFK hautnah: Zahlreiche Mitglieder informierten sich beim Forum Ost

Erschienen am 19.09.2025

Was ist los in der berufspolitischen Physiotherapielandschaft? Auf die Antwort dieser Frage waren auch die Teilnehmer des IFK-Regionalforums Ost in Leipzig in diesem Jahr gespannt. Nach den Regionalforen im Norden und Süden Deutschlands bildet das Forum Ost traditionell den Jahresabschluss der Reihe. Das bedeutet aber nicht, dass hier weniger (wichtige) Themen zur Sprache kommen. Im Gegenteil, der berufspolitische Vortrag von IFK-Vorstandsvorsitzende Ute Repschläger und IFK-Geschäftsführer Dr. Björn Pfadenhauer war voll mit für die Praxisinhaber relevanten Themen und jüngsten Aktualisierungen.

Ein Blick in die Bundespolitik

Seit dem letzten Forum Ost hat sich auf dem politischen Parkett einiges getan – den Bruch der Ampelkoalition im vergangenen Herbst und deren Einfluss auf das Gesundheitswesen, respektive die Physiotherapie, fassten Repschläger und Pfadenhauer für die Teilnehmer kurz zusammen. „Am meisten hat uns geärgert, dass die Pläne zum Direktzugang von der letzten Regierung nicht mehr auf den Weg gebracht wurden. Bei diesem Thema waren wir so weit, wie nie zuvor“, erklärte Repschläger. Denn im Koalitionsvertrag von 2021 hatte die Regierung festgehalten, ein Modellvorhaben zum Direktzugang für Heilmittelerbringer initiieren zu wollen. Die gesetzliche Grundlage war ebenfalls schon vorbereitet. Auch ein Vorentwurf für einen Referentenentwurf für das Physiotherapieberufereformgesetz hatte die letzte Bundesregierung bereits entwickelt. Dieses war aber an der Finanzierungsfrage gescheitert.

Der politische Ausblick und Rückblick beinhalte in diesem Jahr natürlich einen intensiven Blick auf die gesundheitspolitischen Vorhaben der neuen Bundesregierung, so Repschläger. Was haben CDU/CSU und SPD in Sachen Gesundheit vor? Und welche dieser im Frühjahr gefassten Vorsätze sind schon auf den Weg gebracht worden? Eine erneute Zusage gab es für die Reform des Berufsgesetzes. Hier wurde jedoch schon im Koalitionsvertrag deutlich gemacht, dass eine Vollakademisierung ausgeschlossen wird. „Wir haben jetzt allerdings bereits September und das Berufsgesetz ist noch in weiter Ferne“, so Pfadenhauer. Wann mit einem konkreten Referentenentwurf gerechnet werden kann, ist daher fraglich.

Ein Punkt des Koalitionsvertrags, der sehr positiv gewertet werden kann, ist der Plan der Regierung, ein Bürokratieentlastungsgesetz auf den Weg zu bringen. „Ausufernde Bürokratie erleben sehr viele Berufsgruppen im Gesundheitswesen“, erklärte Pfadenhauer. Neben dem Bürokratieentlastungsgesetz plant die Bundesregierung, alle Gesetze in

diesem Bereich einem Praxischeck zu unterziehen. Doch auch hier sind nach über einem halben Jahr Regierungszeit noch keine konkreten Schritte erfolgt.

Es geht ums Geld

Ein Blick auf die allgemeinen Branchenzahlen zeigt: Die Ausgaben der Kostenträger für Physiotherapie sind in den letzten Jahren gestiegen. Dies ist zu einem Teil auf die Vergütungssteigerungen der vergangenen Jahre zurückzuführen und damit zunächst einmal eine gute Entwicklung für die Physiotherapeuten. Ermöglicht wurde dies unter anderem durch die Abschaffung der Grundlohnsummenbindung 2017. „Die Abschaffung der Grundlohnsummenbindung war ein Meilenstein, der mit kontinuierlicher Verbandsarbeit erreicht werden konnte“, so Pfadenhauer. Doch vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung werden Stimmen seitens der Krankenkassen lauter, die die Grundlohnsummenbindung wieder fordern. Hier werden die Verbände entschieden gegenarbeiten.

Einen Ausblick gaben Repschläger und Pfadenhauer auch auf die anstehenden Verhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband. Noch in diesem Jahr wird erneut über eine Steigerung der Vergütung verhandelt. Zudem kann ab dem 31. Dezember dieses Jahres über weitere Indikationen für die Blankoverordnung verhandelt werden. Mit Inkrafttreten dieser ist aber voraussichtlich frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2026 zu rechnen.

In einer vorangehenden Kurzfortbildung referierte beim Forum Ost zudem Dr. Alexander Bremer von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zum Thema „ICF-basierte Anamnese: Von der Partizipation zur Struktur/Funktion“. Er erläuterte, dass sich Erkrankungen bei jedem Menschen – trotz gleicher medizinischer Diagnose – unterschiedlich auswirken können und diese Einschränkungen zu spezifischen Versorgungsbedarfen führen, die eine ganzheitliche Betrachtung erfordern. Mit der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) kann diesen Bedarfen begegnet werden. Bremer erklärte den Teilnehmern, was sich hinter dem Modell verbirgt und welche Vorteile die ICF-basierte Anamnese mit sich bringt.